N i e d e r s c h r i f t

(HFPA/009/2025)

über die 9. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am Mittwoch, dem 22.10.2025, 16:00 - 17:50 Uhr, Ratssaal, Rathaus

Der / die Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.
Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- **siehe Anlage –**

Öffentliche Tagesordnung - 16:15 Uhr

10.	Mitteilungen zur Kenntnis	
10.1.	Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge	13/259/2025 Kenntnisnahme
10.2.	Antrag Nr. 053/2025 der Freie Wähler Erlangen: Nutzung städtischer Räume, Schulen und Turnhallen durch Vereine erleichtern und Förderung von Kooperationen mit der Wirtschaft	241/053/2025 Kenntnisnahme
11.	Neubau des Feuerwehrgerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr Bruck; Vorplanung nach DABau 5.4 Vorentwurf	37/057/2025 Beschluss
12.	Zwischenberichte Budgets und Arbeitsprogramme	
12.1.	Zwischenbericht des Amtes 52 Budget und Arbeitsprogramm 2025 – Stand 31.07.2025	52/187/2025 Beschluss
12.2.	Zwischenbericht der Stadtkämmerei/Amt 20 Budget und Arbeitsprogramm 2025 - Stand 31.07.2025	201/083/2025 Beschluss
12.3.	Zwischenbericht des Amtes für Gebäudemanagement (Amt 24): Budget und Arbeitsprogramm 2025 - Stand 31.07.2025	241/054/2025 Beschluss
12.4.	Zwischenbericht des Amtes für Stadtplanung und Mobilität Sonderbudget ÖPNV 2025 - Stand 31.07.2025	610.1/018/2025 Beschluss

13.	Unterstützung der AktivSenioren Bayern e.V. als Fördermitglied	II/WA/039/2025 Beschluss
14.	Vorläufige Haushaltsführung 2025/2026; Aufnahme von Kassenkrediten in erhöhtem Volumen	20/076/2025 Gutachten
15.	KommunalBIT AöR: Beitritt zur Bayerischen Kommunalen IT Einkaufsgenossenschaft eG (BayKIT eG)	BTM/109/2025 Gutachten
16.	Unterstützung des Projektes „Bayerisches Cluster Medizintechnik" im Jahr 2025 im Rahmen der Tätigkeiten des Medical Valley EMN e.V.	II/WA/041/2025 Beschluss
17.	Neuerlass der Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Erlangen für das Stadtarchiv	30/110/2025 Gutachten
18.	Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Förderung in qualifizierter Kindertagespflege in der Stadt Erlangen	30/115/2025 Gutachten
19.	Neuerlass der Gebührensatzung zur Bestattungs- und Friedhofssatzung der Stadt Erlangen	30/116/2025 Gutachten
20.	Satzung zur Änderung der Gemeindesatzung der Stadt Erlangen	30/122/2025 Gutachten
21.	Erlass einer Verordnung zur Festsetzung von verkaufsoffenen Nächten an Werktagen **Die Unterlagen werden nachgereicht**	30/123/2025 Gutachten
22.	Erhöhung des Baukostenszuschusses für die Generalsanierung der katholischen Kindertageseinrichtung Heilig Kreuz, Fürstenweg 28, 91058 Erlangen	510/159/2025 Beschluss
23.	Entgeltordnung für Leistungen der Geoinformation, Vermessung, Kartografie und Reproduktion bei der Stadt Erlangen hier: Aktualisierung der Entgelte und Leistungsangebote	612/047/2025 Beschluss
24.	Anfragen	

TOP 10

Mitteilungen zur Kenntnis

Sachbericht:

Protokollvermerk:

Herr Oberbürgermeister Dr. Janik berichtet, dass er zur aktuellen Situation in Bezug auf die ukrainische Stadt Browary von Stadtratsmitgliedern angesprochen wurde. Er möchte dies nutzen und einen kurzen Sachstandsbericht abgeben.

Es findet ein regelmäßiger Austausch mit Vertretern der Stadt Browary statt. Hier beteiligt sich auch die Erlanger Partnerstadt Jena. Es wurde über ein Projekt mit den Erlanger Stadtwerken nachgedacht. Da allerdings nur ein Projekt realisiert werden kann, hat sich die Stadt Browary für ein Projekt mit den Klärwerken der Stadt Jena entschieden. Mit den Erlanger Stadtwerken gibt es jedoch eine Kooperation in Bezug auf digitale Wasserzähler. Ziel ist es hier die Wasserversorgung in der Stadt Browary trotz Kriegseinflüssen aufrecht erhalten zu können.

Darüber hinaus führt die Erlanger Stadtgesellschaft Spenden- und Benefizaktionen durch. Zuletzt durch die Grundschule Dechsendorf. Auch am Tag der Deutschen Einheit (03.10.2025) wurden Spenden für Browary gesammelt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Janik verweist auch auf Berichte und Informationen, die in den sozialen Medien der Stadt Erlangen zu Browary veröffentlicht werden.

TOP 10.1 — 13/259/2025

Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge

Sachbericht:

Die als Anlage beigefügte Übersicht zeigt den Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge im Zuständigkeitsbereich HFPA zum 13.10.2025 auf; sie enthält die Information der Referats- und Amtsbereiche,

für die der HFPA zuständiger Fachausschuss ist.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 10.2

241/053/2025

Antrag Nr. 053/2025 der Freie Wähler Erlangen: Nutzung städtischer Räume, Schulen und Turnhallen durch Vereine erleichtern und Förderung von Kooperationen mit der Wirtschaft

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen
(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Freie Wähler Gemeinschaft Erlangen stellt folgenden Antrag:

a) Ausarbeitung eines Konzepts, wie Schulen, Turnhallen und andere ungenutzte Räume in städtischen Gebäuden gemeinnützigen Vereinen zur Verfügung gestellt werden können.
b) Einrichtung eines „Runden Tischs Verein & Wirtschaft“

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Zu a):

Eine Abfrage bei den Ämtern 13, 40, 41, 47 und 52 hat gezeigt, dass derzeit bereits in großem Umfang städtische Räumlichkeiten regelmäßig, mehrfach oder einmalig durch rd. 240 Erlanger Vereine, Gruppen, Initiativen und Interessensgemeinschaften jährlich genutzt werden.

Die Überlassung der Räume erfolgt je nach Zweck und Dauer der Nutzung sowie Beschaffenheit der Räume teils kostenlos oder gegen einen kleinen Beitrag zur Deckung der Betriebskosten (z.B. Schulräume), teils entgegen vom Stadtrat beschlossenen Nutzungsentgelte (z. B.-Sporthallen, Räume in Stadtteilzentren, künftig kubic).

Die Vergabe der Räume erfolgt auf Anfrage der Vereine und nach Prüfung der jeweiligen Kapazitäten. So ist z. B. bei Räumlichkeiten an Schulen die jeweilige Schulleitung und die Hausverwaltung eingebunden, da die schulische Nutzung Vorrang hat. Ebenso hat bei Sporthallen der Schulsport Priorität.

Die Überlassung von Schulräumen sowie die Anmietung von Veranstaltungsräumen kann online über die Homepage der Stadt Erlangen angefragt und beantragt werden. Amt 41 erprobt darüber hinaus ein digitales Buchungssystem zum internen Raummanagement.

Für die Übergabe der Schlüssel bzw. Öffnung und Schließung der Räume ist in der Regel städtisches Personal im Einsatz, die Reinigung ist über die reguläre Unterhaltsreinigung abgedeckt bzw. wird in Einzelfällen als Sonderreinigung beauftragt und den Nutzenden in Rechnung gestellt. Bei der Überlassung von Schulräumen haben die Antragsteller eine gesonderte Reinigung nach Veranstaltungsende selbst zu veranlassen.

Zu b):

Stellungnahme von Ref. II WA (Wirtschaftsförderung und Arbeit):

Aus regelmäßigen, vielfältigen Unternehmensgesprächen wissen wir, dass die Erlanger Unternehmen im engen Austausch mit (Sport)Vereinen und anderen Organisationen stehen und dabei natürlich die Frage nach Unterstützung und Sponsoringmöglichkeiten ein wesentliches Thema sind. Viele Erlanger Unternehmen unterstützen die Erlanger Vereine bereits heute in mannigfaltiger Weise. Zusätzliche institutionalisierte Formate sind daher nicht erforderlich und zielführend.

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Zu a):
Amt 24 spielt in diesem Zusammenhang keine tragende Rolle, da die Belegung der zugewiesenen Flächen den Fachämtern obliegt.
Aufgrund der sehr unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Hauptnutzungen der Räume ist eine zentralisierte Vergabe und Buchung aller verfügbaren Räumlichkeiten nicht denkbar.

Eine Ausdehnung der Nutzung städtischer Räumlichkeiten durch Vereine ist in einigen Bereichen allein aufgrund der bereits sehr hohen Auslastung nicht möglich (Sporthallen, Räume unter der Verwaltung von Amt 41). Zu bedenken ist auch, dass die Überlassung von Schulräumen und Turnhallen in den Ferien aufgrund der erforderlichen Grundreinigungen nur sehr eingeschränkt möglich ist. In anderen Bereichen müssten technische Voraussetzungen geschaffen werden, um den personellen Aufwand (z. B. Öffnung und Schließung der Räume, Erreichbarkeit/Bereitschaft), der häufig außerhalb der regulären Arbeitszeiten anfällt, nicht weiter zu erhöhen.
Speziell im Bereich der Hausverwalter-Teams bestehen keinerlei personelle Kapazitäten, um hier zusätzliche Aufgaben zu übernehmen bzw. bestehende Aufgaben auszuweiten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass bei den befragten Ämtern eine große Offenheit besteht und mit viel Engagement und personellem Einsatz die Nutzung städtischer Räumlichkeiten durch Vereine ermöglicht wird. Eine Ausweitung dieser freiwilligen Leistung ist ohne Personalmehrung und steigende Kosten jedoch nicht leistbar.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☒ *nein*

5. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt

☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.

bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk

☐ sind nicht vorhanden

Protokollvermerk:

Frau Stadträtin Wirth-Hücking beantragt die Mitteilung zur Kenntnis zum Tagesordnungspunkt zu erheben. OBM Dr. Janik ist damit einverstanden. Die Behandlung erfolgt unter TOP 23.1.

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag Nr. 053/2025 der „Freie Wähler Erlangen“ ist damit bearbeitet.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 11 — 37/057/2025

Neubau des Feuerwehrgerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr Bruck; Vorplanung nach DABau 5.4 Vorentwurf

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen
(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Durch den Neubau des Feuerwehrgerätehauses soll der Fortbestand der FF Bruck gesichert sowie die Einsatzbereitschaft und die Leistungsfähigkeit für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleiben.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Freiwillige Feuerwehr Bruck befindet sich seit zwanzig Jahren in einer sehr gewinnbringenden Kooperation mit der Werkfeuerwehr Siemens (u.a. Nutzung des Gerätehauses und der Einsatzfahrzeuge der WF). Aufgrund der Tatsache, dass die WF Siemens vor einigen Jahren in ihr neues Gerätehaus im Bereich des Gerätewerkes im Westen Erlangens umgezogen ist, das vormalige Gerätehaus den Campus-Neubauten weichen musste, ist die FF Bruck in einer Industriehalle (die freundlicherweise durch die Firma Siemens zur Verfügung gestellt und noch renoviert wurde) auf dem Siemensareal untergekommen. Der Brandschutz und die technische Hilfeleistung im neu entstandenen Siemens-Campus werden zwischenzeitlich durch die Feuerwehr Erlangen (Ständige Wache und FF Bruck) übernommen. Die Unterstellmöglichkeit in der Industriehalle stellt – nach jetzigem Planungsstand - nur noch eine Übergangslösung bis Ende 2026 dar. Ende Juli dieses Jahres

fand durch die Stadt Erlangen nach langem Suchen und den notwendigen Schritten im Vorfeld des Kaufs der notwendige Notartermin zu dem hervorragend geeigneten Grundstück für das zukünftige Gerätehaus der FF Bruck im Bereich der Henri-Dunant-Straße/Bunsenstraße statt.

Der Bedarfsnachweis nach DA-Bau wurde durch den HFPA am 18.11.2020 (Vorlagennummer: 37/004/2020) beschlossen.

Maßnahmenbeschreibung

Auf dem neu erworbenen Grundstück sollen basierend auf dem durch die Feuerwehr Erlangen aufgestellten Raumprogramm neben der Fläche für die Fahrzeughalle mit zwei Stellplätzen/drei Stellplätzen (siehe hierzu die Erläuterung im weiteren Verlauf) in dem neuen Feuerwehrgerätehaus getrennte Umkleiden für Männer und Frauen, Sanitärbereiche, ein Büro, Lagerraum und ein Schulungsraum mit Küchentheke realisiert werden. Darüber hinaus soll auch das neue Feuerwehrgerätehaus im Stadtteil Bruck im Rahmen der Thematik des flächendeckenden Stromausfalls (Leuchtturmkonzept) mit einem Notstromaggregat ausgestattet werden. Für die Förderfähigkeit durch den Freistaat Bayern müssen darüber hinaus neben den Stellflächen vor der Fahrzeughalle ausreichend Fläche sowie genügend Parkmöglichkeiten für die im Alarmierungsfall anrückenden ehrenamtlichen Aktiven zur Verfügung stehen.

Die FF Bruck verfügt derzeit über zwei Einsatzfahrzeuge; ein Löschgruppenfahrzeug und ein Mehrzweckfahrzeug. Aufgrund der Tatsache, dass alle Stellplätze in den Gerätehäusern der Freiwilligen Feuerwehren im Stadtgebiet mit Einsatzfahrzeugen belegt sind, auf der Hauptfeuerwache derzeit sechs Einsatzfahrzeuge/Abrollbehälter ganzjährig im Freien stehen müssen und in den nächsten Jahren weitere zusätzliche Einsatzfahrzeuge durch den Bund und das Land zur Verfügung gestellt werden, muss bei dem Neubau des Feuerwehrgerätehauses Bruck mindestens die Erweiterungsmöglichkeit für einen dritten Stellplatz vorgesehen werden. Unter Berücksichtigung der prekären Stellplatzsituation für Einsatzfahrzeuge im Stadtgebiet und den wirtschaftlichen und technischen Abwägungen zu einer Vorplanung eines dritten Stellplatzes oder zu einer Realisierung im Rahmen des Neubaus soll der dritte Stellplatz unmittelbar realisiert werden (siehe hierzu die Ausführungen unter Punkt 5). Für die ersten zwei Stellplätze wird ein Zuschuss vom Freistaat Bayern in Höhe von jeweils 160.000 Euro erwartet. Für den dritten Stellplatz sehen die Förderrichtlinien einen Zuschuss in Höhe von 149.000 Euro vor, so dass eine Gesamtförderhöhe von 469.000 Euro erwartet wird.

Die Vorplanung folgt dem „Leitfaden nachhaltige und energieeffiziente Gebäude für den Bereich städtische Gebäude“ und beinhaltet daher in Teilen auch Planungsbestandteile, die über den Mindeststandard der baurechtlichen/gesetzlichen Verpflichtung hinaus gehen, mit dem Ziel einer künftigen Treibhausgasneutralität des städtischen Gebäudebestands bzw. einer Optimierung der Umwelteinflüsse. Im Zuge der Vorplanung der Baumaßnahme sind daher unter anderem nachwachsende Rohstoffe (Wand- und Deckenkonstruktionen in Holzbauweise), mikroklimafördernde Dach- und Fassadenbegrünungen, Photovoltaikanlagen, energieeffiziente Heizungssysteme, ökologische Dämmmaterialien und versickerungsfähige Bodenbeläge im Außenbereich vorgesehen. Für Gebäudebrüter werden Nistmöglichkeiten berücksichtigt.

Die Verwaltung schlägt jedoch aufgrund der prekären Haushaltssituation vor, diese Planungsbestandteile, die über einen Mindeststandard hinausgehen bzw. über den gesetzlichen Vorgaben liegen, im Zuge der Entwurfsplanung auf seine Wirtschaftlichkeit zu prüfen und gegebenenfalls herauszunehmen.

Unter Berücksichtigung des vorgeschlagenen und energieeffizientesten Heizsystems der Luft-Wasser-Wärmepumpe wurde eine CO2-Bilanz zur vorliegenden Planung erstellt. Siehe hierzu Anlage 09.

Während der Betriebsphase des Gebäudes wird aktuell bilanziell mehr CO2 eingespart, als durch den Energieverbrauch im Gebäude verursacht wird. Über einen Zeitraum von 50 Jahren betrachtet, werden rund 384 Tonnen CO2 eingespart.

Terminplanung

Vorgesehener Maßnahmenablauf:

- Entwurfsplanung — ab Oktober 2025
- Genehmigungs-, Ausführungsplanung und Ausschreibung vorbehaltlich des Entwurfsplanungsbeschlusses — bis Mitte 2026
- Bauausführung — ab Mitte 2026
- Fertigstellung — Ende 2027/Anfang 2028

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Nach Beschlussfassung der hier vorgelegten Vorplanung soll die Entwurfsplanung für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses Bruck erarbeitet werden.
Die erarbeitete Entwurfsplanung wird dem BWA zur Beschlussfassung vorgelegt.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☒ *ja, positiv**
☒ *ja, negativ**
☐ *nein*

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**
☒ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Beim Bau und Betrieb von Gebäuden sind negative Auswirkungen auf den Klimaschutz nicht zu vermeiden.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Kosten: Kostenschätzung Vorplanung August 2025, brutto

Kostengruppe	Kostenschätzung zum Vorentwurf (Fahrzeughalle mit 3 Stellplätzen)	
200	Vorbereitende Maßnahmen	62.500 €
300	Buwerk - Baukonstruktion	1.750.294 €
400	Bauwerk - Technische Anlagen	766.890 €
500	Außenanlagen und Freiflächen	553.763 €
600	Ausstattung und Kunstwerke	15.349 €
700	Baunebenkosten	321.204 €
	Gesamtkosten Bau	**3.470.000 €**

Das Ergebnis der Kostenschätzung kann zum derzeitigen Planungszeitpunkt nur mit einer Genauigkeit von -10%/+30% ermittelt werden.

Bei geschätzten Gesamtkosten i.H.v. 3.470.000 Euro wird die Endabrechnungssumme voraussichtlich zwischen 3.123.000 Euro und 4.511.000 Euro liegen.

Der Bau einer Fahrzeughalle mit nur zwei Stellplätzen hätte Gesamtbaukosten von 3.330.600 Euro (Minderkosten: 139.400 Euro) zur Folge. Die Förderhöhe würde sich dagegen um 149.000 Euro reduzieren. Der Anbau einer Fahrzeughalle für den dritten Stellplatz zu einem späteren Zeitpunkt hätte konservativ geschätzt Gesamtbaukosten von ca. 175.000 Euro zuzüglich Indizierung zur Folge (Mehrkosten für Baustelleneinrichtung, Zuschläge für Kleinmengen, Rückbau- und Umbauerfordernisse in Teilen des Bestandes, Schutzmaßnahmen, höhere Planungskosten etc.). Die Förderhöhe beim Anbau einer Fahrzeughalle für den dritten Stellplatz zu einem späteren Zeitpunkt beträgt dann jedoch lediglich 60.600 Euro.

Es wird daher empfohlen, gleich eine Fahrzeughalle mit drei Stellplätzen im Zuge des Neubaus zu errichten.

Investitionskosten:	3.470.000 €	bei IPNr.: 126.410
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☐ werden nicht benötigt

☒ sind vorhanden auf IvP-Nr. 126.410: 70.000 €
Im Haushaltsplan vorgesehen:
für 2026: 1.200.000 €
für 2027: 2.150.000 €
für 2028: 50.000 €

bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk

☐ sind nicht vorhanden:

Förderung nach Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien - FwZR

Vom Freistaat Bayern wird für die beiden ersten Stellplätze ein Zuschuss in Gesamthöhe von **320.000 Euro** und für den dritten Stellplatz in Höhe von **149.600 Euro** erwartet.

Bundesförderung für effiziente Gebäude – Klimafreundlicher Neubau

Erwartet wird ein Zuschuss in Höhe von 5% der förderfähigen Kosten, diese berechnen sich aus 1.500 Euro pro m^2-Nettogeschossgefläche; es ergibt sich eine voraussichtliche Zuschusshöhe von **36.150 Euro.**

Voraussetzungen:

- Effizienzgebäude 40
- Lebenszyklusberechnung CO2-Ausstoß

Bayrische Förderrichtlinie Holz – BayFHolz

- Zuschuss in Höhe von 500 Euro je Tonne der in den Holzelementen und Dämmstoffen gebundenen Kohlenstoffmenge ergibt eine voraussichtliche Zuschusshöhe von ca. **70.000 Euro**

Voraussichtliche Gesamtfördermittel 575.750 Euro (Fahrzeughalle mit drei Stellplätzen)

Ergebnis/Beschluss:

Der Vorentwurfsplanung für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr Bruck mit dem unmittelbaren Bau der Fahrzeughalle mit drei Stellplätzen wird zugestimmt. Sie soll der Entwurfsplanung zugrunde gelegt werden. Die weiteren Planungsschritte sind zu veranlassen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 12

Zwischenberichte Budgets und Arbeitsprogramme

TOP 12.1

52/187/2025

Zwischenbericht des Amtes 52 Budget und Arbeitsprogramm 2025 – Stand 31.07.2025

Sachbericht:

1. **Ergebnis/Wirkungen**
   (Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

   Einhaltung des Budgetrahmens
   Abarbeitung des Arbeitsprogrammes

2. **Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**
   (Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

   Maßnahmen einleiten, Wege finden, um mit den bewilligten Budgetmitteln auszukommen bzw. das Arbeitsprogramm im vollen Umfang abzuarbeiten.

3. **Prozesse und Strukturen**
   (Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

   siehe Anlage „Budget und Arbeitsprogramm 31 07 2025“

4. **Klimaschutz:**

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
X *nein*

Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**
☐ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen
enfällt

Ergebnis/Beschluss:

Das Budget und Arbeitsprogramm 2025 - Stand: 31.07.2025 - wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 12.2 — 201/083/2025

Zwischenbericht der Stadtkämmerei/Amt 20 Budget und Arbeitsprogramm 2025 - Stand 31.07.2025

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen
(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Einhaltung des Budgetrahmens

Abarbeitung des Arbeitsprogrammes

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Maßnahmen einleiten, Wege finden, um mit den bewilligten Budgetmitteln auszukommen bzw. das Arbeitsprogramm im vollen Umfang abzuarbeiten.

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Siehe Anlage „Budget und Arbeitsprogramm 2025 – Stand 31.07.2025 – des Amtes 20“

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☒ *nein*

Ergebnis/Beschluss:

Budget und Arbeitsprogramm 2025 – Stand: 31.07.2025 – werden zur Kenntnis genommen.

Mit der Verschiebung der unter Punkt 4.2 des Zwischenberichts aufgeführten Arbeiten in das nächste Haushaltsjahr bzw. den nächsten Haushaltsjahren besteht Einverständnis.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 12.3 — 241/054/2025

Zwischenbericht des Amtes für Gebäudemanagement (Amt 24): Budget und Arbeitsprogramm 2025 - Stand 31.07.2025

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen
(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Inklusive der Reduzierung des zur Verfügung stehenden Budgets um den Verlustvortrag aus dem Haushaltsjahr 2024 entsteht im Haushaltsjahr 2025 ein Defizit in Höhe von 1.015.000 EUR.

Im Bauunterhalt sind lt. IST-Situation geringfügige Einsparungen zu erwarten, die teilweise zur Kompensation herangezogen werden können.

Bei Abarbeitung des Arbeitsprogrammes ergeben sich verschiedene Maßnahmenverschiebungen – wie unter Punkt 4.1 des Zwischenberichts dargestellt.

Die Abarbeitung des Arbeitsprogramms im investiven Bereich läuft weitgehend planmäßig.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Maßnahmen, wie in der Anlage 4.3 mit Verweis auf Ziffer 4.1 dargestellt, wurden eingeleitet. Weitere wirtschaftlich zielführende Initiativen, mit den bewilligten Budgetmitteln auszukommen bzw. das Arbeitsprogramm im vollen Umfang abzuarbeiten, sind nicht möglich.

Etwaige weitere Einsparungen im allg. Bauunterhalt können heute noch nicht bestätigt werden und sind insbesondere abhängig von ungeplanten Erhaltungsaufwändungen und spontanen Schadensfällen.

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Siehe Anlage „Budget und Arbeitsprogramm 2025 – Stand 31.07.2025 – des Amtes für Gebäudemanagement“

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☒ *nein*

5. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	1.015.000 €	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☐ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☒ sind zur Deckung des Defizits nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Das Budget und Arbeitsprogramm 2025 – Stand: 31.07.2025 – wird zur Kenntnis genommen.

Die unter Ziffer 4.3 mit Verweis auf Ziffer 4.1 des Zwischenberichts aufgeführten Vorschläge zur Einhaltung des Arbeitsprogrammes werden beschlossen bzw. mit der Verschiebung der in der Anlage aufgeführten Arbeiten in das nächste Haushaltsjahr besteht Einverständnis.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 12.4 — 610.1/018/2025

Zwischenbericht des Amtes für Stadtplanung und Mobilität Sonderbudget ÖPNV 2025 - Stand 31.07.2025

Sachbericht:

1. **Ergebnis/Wirkungen**
   (Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Einhaltung des Budgetrahmens

2. **Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**
   (Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Maßnahmen einleiten, Wege finden, um mit den bewilligten Budgetmitteln auszukommen.

3. **Prozesse und Strukturen**
   (Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Siehe Anlage 1: Sonderbudget ÖPNV 2025 - Stand: 31.07.2025 - des Amtes für Stadtplanung und Mobilität

4. **Klimaschutz:**

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☒ *nein*

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**

☐ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen - entfällt -
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Ergebnis/Beschluss:

Das Sonderbudget ÖPNV 2025 – Stand: 31.07.2025 wird zur Kenntnis genommen.

Die unter Punkt 3.3 des Zwischenberichts aufgeführten Konsolidierungsvorschläge zur Vermeidung eines möglichen Defizits werden beschlossen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 13 — II/WA/039/2025

Unterstützung der AktivSenioren Bayern e.V. als Fördermitglied

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen
(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Bei den AktivSenioren Bayern e.V. handelt es sich um einen gemeinnützigen Verein, dessen Arbeit durch die aktive, ehrenamtliche Mitarbeit seiner Mitglieder in allen bayerischen Regionen gewährleistet wird. Die Mitglieder setzen sich zusammen aus Unternehmerinnen und Unternehmern, Selbständigen und Führungskräften im Ruhestand. Sie bündeln Lebens- und Berufserfahrungen aus vielen Branchen, Funktionen und verfügen über eine langjährige Praxis in Zusammenarbeit und (Unternehmens-)Führung. Das zentrale Angebot der regional organisierten AktivSenioren Bayern ist ein umfassendes Beratungsangebot für Existenzgründerinnen und -gründer sowie für bestehende Unternehmen, die Herausforderungen im Rahmen von Transformation oder Veränderungen haben. Dabei stehen insbesondere Klienten im Fokus, die sich eine Beratung zu Marktpreisen nicht leisten können. Sie stellen die primäre Zielgruppe der AktivSenioren Bayern e.V. dar.

Seit mehr als zehn Jahren unterstützt die Ortsgruppe Erlangen der AktivSenioren Bayern e.V. die Wirtschaftsförderung der Stadt Erlangen bei der Gründungs- und Unternehmensberatung. Im Wechsel mit dem Landkreis Erlangen-Höchstadt bietet das Wirtschaftsreferat einmal im Monat eine Gründungsberatung an (6-mal pro Jahr), bei der in den Räumen des Wirtschaftsreferats die AktivSenioren v.a. angehenden Gründerinnen und Gründern eine Stunde Beratungsleistung kostenfrei anbieten. Die Wirtschaftsförderung übernimmt die Organisation dieser Beratungstage und koordiniert die Anfragen. Seit Anfang der 10-er Jahre sind so mehr als 300 Beratungsgespräche vermittelt worden. Dazu kommen zusätzliche Termine, die sich im Anschluss an diese Erstberatung ergeben haben und die die AktivSenioren dann direkt betreuen.

Das Beratungsangebot ist fester Bestandteil des Angebots der Wirtschaftsförderung und wird regelmäßig intensiv nachgefragt. Aus Sicht der Wirtschaftsförderung stellt es sich als echter Win-Win dar, da die AktivSenioren Bayern mit ihren Ressourcen und ihrer Fachkompetenz in ganz unterschiedlichen Branchen und Bereichen kompetent und zielgerichtet beraten können und die Wirtschaftsförderung erste Ansprechpartnerin für viele Gründerinnen und Gründer ist.

Darüber hinaus bietet die aktuelle Förderkulisse vielen Gründerinnen und Gründern kaum finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten an. So wurde das Förderprogramm „Vorgründungs- und Nachfolgecoaching Bayern“, welches finanzielle Unterstützung bei Beratungsbedarf anbot, im März 2025 beendet. Da Gründerinnen und Gründer in der Anfangsphase oftmals nur eingeschränkt über Kapital verfügen, ist es umso wichtiger, dass auch finanziell niedrigschwellige Beratungsangebote am Markt existieren. Ohne das Angebot der AktivSenioren Bayern in Erlangen würde eine Beratungslücke gerade für Gründungen wie in der Gastronomie, im Einzelhandel oder bei Dienstleistungen, die eine langfristige Beratung und Begleitung benötigen, entstehen.

2. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Mit der Fördermitgliedschaft verstetigt und wertschätzt das Wirtschaftsreferat und die Stadt Erlangen die langjährige Zusammenarbeit mit den Aktivsenioren Bayern e.V. und der Region Mittelfranken. Da der Verein im Rahmen der lokalen Beratungstage sich auf die ehrenamtliche Arbeit seiner Mitglieder stützt, ist die Fördermitgliedschaft durch die Stadt Erlangen ein geeignetes Mittel, um die erfolgreiche Kooperation und das Beratungsangebot im Raum Erlangen zu erhalten und zu stärken.

3. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☒ *nein*

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€ 1.200	bei Sachkonto: 549130
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☐ werden nicht benötigt

☒ sind vorhanden auf IvP-Nr.

bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk 208190/57110010/549130

☐ sind nicht vorhanden

Der Art. 69 GO wurde geprüft.

Ergebnis/Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die AktivSenioren Bayern e.V. für die Stadt Erlangen als Fördermitglied dauerhaft zu unterstützen und eine entsprechende Mitgliedschaft einzugehen.

Der Mitgliedsbeitrag als Fördermitglied beträgt ab 2025 jährlich 1.200 €.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

TOP 14

20/076/2025

Vorläufige Haushaltsführung 2025/2026; Aufnahme von Kassenkrediten in erhöhtem Volumen

Sachbericht:

1. Ausgangslage

Nach Art. 69 Abs. 1 Nr. 4 GO darf die Gemeinde in der haushaltslosen Zeit Kassenkredite bis zu dem zuletzt in einer Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrag aufnehmen. Dieser Höchstbetrag beläuft sich nach der Haushaltssatzung für das Jahr 2024 auf 105,0 Mio. €.

Das aufgenommene Kassenkreditvolumen belief sich mit Stand 30.09.2025 auf 110,5 Mio. €. Davon entfiel ein Betrag von 60,0 Mio. € auf den Ausgleich des Finanzmittelfehlbetrages des Rechnungsjahres 2024, der somit „gebunden“ war und nicht zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen des laufenden Haushaltsjahres zur Verfügung stand.

Zuletzt wurde von der Regierung von Mittelfranken eine Erhöhung der im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung zulässigen Kassenkredite bis zu 140,0 Mio. € befristet für den Zeitraum vom 15.09.2025 bis 15.11.2025 genehmigt.

Nach der aktuellen Liquiditätsplanung wird der Kassenkreditbestand spätestens mit den Lohnauszahlungen Ende November dem zulässigen Kassenkredithöchstbetrag von 105,0 Mio. € sehr nahekommen, diesen aber spätestens mit der Auszahlung der Bezirksumlage am 19.12.2025 überschreiten. Führen die Beteiligungsbeträge an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer zum Jahresende zu einem Mittelzufluss, so wird der Kassenkredithöchstbetrag durch eine im Januar 2026 zu leistende Rückzahlung in Höhe von 17,0 Mio. € deutlich überschritten. Für Anfang Februar wird mit einem Kassenkreditbedarf von 134,0 Mio. € gerechnet. Da eine Prognose für Februar 2026 zum jetzigen Zeitpunkt mit vielen Unwägbarkeiten verbunden ist und insbesondere größere Ein- und Auszahlungen erst mit einer Frist von sechs Wochen zu melden sind, wird eine Erhöhung des Kassenkreditvolumens auf erstmals 150,0 Mio. € für erforderlich gehalten, um nicht das Risiko der Zahlungsunfähigkeit einzugehen. In die Liquiditätsbetrachtung noch nicht mit einbezogen ist die beantragte Bedarfszuweisung, da weder deren Höhe noch ein möglicher Auszahlungszeitpunkt bekannt sind.

Finanzielle Rücklagen, aus denen ein Liquiditätsengpass überbrückt werden könnte, sind nicht vorhanden. Sie sind in Anbetracht des negativen Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit, der sich nach der Planung im Jahr 2025 auf 60,1 Mio. € beläuft, auch weiterhin nicht zu erwarten.

Die Stadt Erlangen wird deshalb erneut nach Art. 69 Abs. 1 Nr. 4 GO bei der Regierung von Mittelfranken die Erhöhung des Kassenkreditvolumens -diesmal von 105,0 Mio. € auf 150,0 Mio. € beantragen, um in den Monaten November 2025 bis Februar 2026 sicher allen ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können.

Nach § 14 Abs. 2 Nr. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates Erlangen gehört die Aufnahme von Kassenkrediten bis zu dem in der Haushaltsatzung festgesetzten Höchstbetrag zu den laufenden

Angelegenheiten, die der Oberbürgermeister in eigener Zuständigkeit (Art. 37 Abs. 1 GO) erledigt. Da das beantragte Kassenkreditvolumen eine Erhöhung des in der letzten Haushaltssatzung festgesetzten Volumens darstellt, ist der Stadtrat zu befassen.

Selbstverständlich sind langfristige Liquiditätsprognosen mit Unwägbarkeiten verbunden. Insbesondere sind Ein- und Auszahlungen in relevanter Höhe (0,25 Mio. € bzw. 0,15 Mio. €) von den Dienststellen erst 6 Wochen im Voraus der Stadtkasse mitzuteilen, sodass sich in der Liquiditätsprognose noch Änderungen ergeben können. Aufgabe der Stadtkasse ist es jedoch, die allzeitige Zahlungsfähigkeit der Stadt Erlangen sicherzustellen. Das genehmigte Kassenkreditvolumen wird stets bedarfsorientiert in Anspruch genommen, um den städtischen Haushalt nicht mit unnötigen Zinszahlungen zu belasten.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Bedarfsgerechte Aufnahme von Kassenkrediten bis zu dem von der Regierung von Mittelfranken genehmigten Volumen zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Abschluss von Kassenkreditverträgen soweit erforderlich

Protokollvermerk:

Herr berufsmäßiger Stadtrat Beugel berichtet von den beantragten und mittlerweile bewilligten Bedarfszuweisungen. In diesem Zusammenhang erläutert Herr Beugel die Abgrenzung zu den Stabilisierungshilfen.

Die Stadt Erlangen erhält im Dezember 2025 insgesamt etwas über 19 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2024. Diese Zahlung erfolgt ohne Auflagen.

Zu dieser Summe kommen im Jahr 2026 noch einmal rund 15 Mio. Euro hinzu. Dies allerdings mit Auflagen, die derzeit noch nicht bekannt sind.

Damit sinkt das Volumen der Aufnahme von Kassenkrediten rechnerisch von 150 Mio. Euro auf 130 Mio. Euro. Dies geschieht in Verbindung mit der Fortschreibung der Haushaltskonsolidierung, die im November / Dezember 2025 erfolgen muss.

Eine Begutachtung der eingebrachten Vorlage kann daher heute erfolgen.

Ergebnis/Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, im Zeitraum vom 16.11.2025 bis einschließlich 20.02.2026 Kassenkredite bis zu dem von der Regierung von Mittelfranken genehmigten Volumen aufzunehmen, um die Zahlungsfähigkeit sicherzustellen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 15

BTM/109/2025

KommunalBIT AöR: Beitritt zur Bayerischen Kommunalen IT Einkaufsgenossenschaft eG (BayKIT eG)

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen
(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Vorstand und Verwaltungsrat der KommunalBIT AöR empfehlen, der Bayerischen Kommunalen IT Einkaufsgenossenschaft eG (kurz: BayKIT eG) beizutreten. Damit soll, neben der Mitgliedschaft in der Einkaufkaufgenossenschaft Provitako e.G., der KommunalBIT im Jahr 2010 beigetreten ist, ein weiterer Beschaffungskanal für IT-Infrastruktur eröffnet werden, um die Beschaffungsflexibilität zu erhöhen.

Die BayKIT eG wurde im Januar 2024 mit Sitz in München gegründet und steht ausschließlich Organisationen offen, die zu 100% in öffentlicher Trägerschaft sind. Aktuell haben bereits gut 250 bayerische Kommunen und sonstige öffentliche Organisationen eine Mitgliedschaft an der BayKIT eG erworben (s. Anlage).

Wie die deutschlandweit tätige Provitako e.G. verfolgt die BayKIT eG das Ziel, ihren Mitgliedern über Bedarfsbündelung hochwertige und kostengünstige IT-Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Sie übernimmt stellvertretend für ihre Mitglieder das Ausschreibungsverfahren. Der Abruf durch die Mitglieder erfolgt mittels eines Webshops der BayKIT eG.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Mitgliedschaft an der BayKIT eG erfolgt per Beitrittserklärung und dessen Zulassung durch die Genossenschaft. Ein Geschäftsanteil kostet einmalig 1.000 €. Zusätzlich fallen jährliche Beiträge von derzeit 400 € pro Jahr an. Die Mitgliedschaft ist jährlich mit einer Frist von12 Monaten kündbar. Eine Nachschusspflicht besteht nicht, allerdings kann der geleistete Geschäftsanteil durch Verluste aufgezehrt werden. Überschüsse werden zum Teil den Rücklagen zugeführt, zum Teil an die Mitglieder ausgeschüttet.

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Entscheidung über eine Mitgliedschaft von KommunalBIT an der BayKIT eG liegt in der Zuständigkeit des Verwaltungsrats von KommunalBIT. Für diesen Beschluss hat sich der Stadtrat der Stadt Erlangen gemäß § 6 Abs. 3 der Unternehmenssatzung mit Beschluss vom 21.06.2016 ausbedungen, den von ihm entsandten Mitgliedern des Verwaltungsrats Weisung zu erteilen.

Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 25.09.2025 den Beitritt unter dem Vorbehalt beschlossen, dass die Gremien der Trägerstädte keine anderslautende Weisung an ihre Verwaltungsratsmitglieder erteilen.

Eine Anzeige bei der Regierung von Mittelfranken nach Art. 96 GO ist nicht erforderlich, da die Beteiligung unterhalb der Bagatellgrenze von 5 % liegt.

4. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt

☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.

bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk

☐ sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Die von der Stadt Erlangen bestellten Verwaltungsräte des gemeinsamen Kommunalunternehmens „Kommunaler Betrieb für Informationstechnik „KommunalBIT“ AöR“ werden zu folgender Beschlussfassung im Verwaltungsrat ermächtigt:

Dem Beitritt der KommunalBIT AöR zur „Bayerische Kommunale IT Einkaufsgenossenschaft eG (BayKIT eG)“ wird zugestimmt.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 16 II/WA/041/2025

Unterstützung des Projektes „Bayerisches Cluster Medizintechnik" im Jahr 2025 im Rahmen der Tätigkeiten des Medical Valley EMN e.V.

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen
(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Unternehmen und Forschungseinrichtungen profitieren von den Clusterdienstleistungen des Medical Valley EMN e.V., insbesondere bei der Initiierung neuer Geschäftsbeziehungen, der Entwicklung gemeinsamer Forschungsprojekte, der gezielten Vermarktung auf fachspezifischen Veranstaltungen sowie der Qualifizierung ihrer Mitarbeitenden. Maßgeschneiderte, professionelle Angebote bilden dabei einen zentralen Hebel, um die Vernetzung innerhalb des Clusters sowie über dessen Grenzen hinweg zu stärken und das Innovationspotenzial nachhaltig zu erhöhen. Im Rahmen des Bayerischen Clusters Medizintechnik fördert ein spezialisiertes Dienstleistungsportfolio die Entstehung neuer Produkt- und Serviceideen, bietet fachliche Beratung und Bewertung von Innovationsvorhaben und begleitet deren Umsetzung. Zudem wird der Ausbau innovationsunterstützender Services gezielt vorangetrieben.

Zur Steigerung der internationalen Wahrnehmung des Standortes Bayern als Spitzenregion für Medizintechnik, mit dem Medical Valley EMN als Nukleus, sind auch Dienstleistungen zur Internationalisierung geplant, wie die Vernetzung mit relevanten internationalen Innovationsökosystemen oder Recherchen zu Akteuren und Rahmenbedingungen in

internationalen Märkten. Da insbesondere Start-Ups technische Innovationen in der Medizintechnik treiben, wird für diese Unternehmen eine individuelle Begleitung unter Berücksichtigung branchen-relevanter Besonderheiten (Regulation, Erstattung, Kundenstruktur) angeboten, sowohl während der Gründungsphase als auch anschließend bei der Suche nach Kooperationspartnern, bei der Etablierung am Markt und bei der Markteinführung von Produkten.

Im Rahmen des über das Bayerische Wirtschaftsministerium geförderte, mehrjährige Projekt „Bayerisches Cluster Medizintechnik“ wird der Medical Valley EMN e.V. Unternehmen als Antragssteller gleichgestellt. Dies bedeutet insbesondere, dass entsprechende Eigenanteile dargestellt werden müssen. Im Rahmen dieses Projektes beträgt der Eigenanteil des Medical Valley EMN e.V. mindestens 40.000 €. Diesen Eigenanteil (für das Gj. 2025) kann der Medical Valley EMN e.V. im Rahmen der Projektumsetzung nur begrenzt selbst erwirtschaften. Ohne den städtischen Zuschuss ist es nahezu unmöglich, Zukunftstrends in der Medizintechnik über das Projekt „Bayerisches Cluster Medizintechnik“ zu bearbeiten und Aktivitäten in diesen Zukunftsthemen zu planen und umzusetzen. Im Jahr 2025 liegen die technologischen Schwerpunkte in den Bereichen Digital Health, medizinische Bildgebung, Diagnostik, Robotik, KI-gestützte Gesundheitsversorgung, Nachhaltigkeit und Pflegetechnologien. Die Umsetzung moderner Forschungsergebnisse in marktreife Produkte, die Beschleunigung der Markteinführung und die erfolgreiche Umsetzung regulatorischer Prozesse ist Kern der Arbeit des Medical Valley EMN e.V.

Der Eigenanteil ist essenziell für die Realisierung des Projekts. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage im Jahr 2024 mit einem negativen Jahresergebnis von -174.238,82€, vor allem aufgrund von Unternehmensinsolvenzen der Auftraggeber und der Verschiebung von Dienstleistungsaufträgen wurde die Liquiditätsreserve im Jahr 2024 sehr stark reduziert. Der städtische Zuschuss ist umso wichtiger für die weitere erfolgreiche Umsetzung der Clusteraktivitäten in den nächsten Jahren. Er stellt einen wichtigen Beitrag dar, um das Cluster-Projekt zu verstetigen sowie qualitativ und inhaltlich auszubauen. Ohne diesen Zuschuss müssten Clusteraktivitäten eingestellt bzw. deutlich reduziert werden.

Die Wichtigkeit und Relevanz des Zuschusses ergibt sich aus nachfolgender Darstellung:
Die Basiseinnahmen des Medical Valley EMN e.V. belaufen sich auf knapp 135.000 € Mitgliedseinnahmen, 100.000 € Sponsoringeinnahmen/Premium-Partnerschaften und 40.000 € Zuschuss der Stadt Erlangen, zusammen jährlich ca. 275.000 €. Das Jahresbudget des Medical Valley EMN e.V. ist ca. das Siebenfache, nämlich rund 1,9 Mio. €. Die Basismittel werden über Projekte und Dienstleistungseinnahmen folglich um den Faktor 7 gehebelt. Sollten die Basiseinnahmen sinken, würde daraus ein ca. um den Faktor 7 niedrigeres Budget für den Medical Valley EMN e.V. resultieren. Dies würde eine erhebliche Leistungsreduzierung für den Medizintechnikstandort nach sich ziehen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Im Rahmen des Projektes werden u.a. folgende Aktivitäten durchgeführt:

Durchführung von Vernetzungs- und Qualifizierungsveranstaltungen

- Medical Valley Innovation Night
- Konzeption und Durchführung von Fachtagungen, Workshops oder Ideation-Formate wie zum Thema Gendermedizin
- Durchführung von Sitzungen der Communities of Practice, z.B. Kompetenzpool Zulassung; CoP Labor der Zukunft; CoP Reimbursement, CoP Prävention

Mentoring, Coaching

- Unternehmensbesuche bei regionalen Medizintechnikunternehmen

- Informationsgespräche für Gründer und Start-Ups
- Sprechtage des Cluster Medizintechnik mit Experten zu spezifischen Fragen der MDR, u.a. CE-Zertifizierung, Design klinischer Prüfungen und Gewinnung klinischer Partner

Fördermittelakquise

- Begleitung bayerische Förderprogramme
- Dienstleistungsangebot zur Fördermittelakquisition

Internationalisierung

- Gespräche zur Initiierung von Kooperationen mit internationalen Medtech Hubs
- Betreuung von Delegationen ausländischer Ökosysteme

Cross-Cluster Projekt Sustainable Plastics 4 MedTech (SuPlaMed)

- Analyse der bestehenden Herausforderungen und Potenziale
- Stakeholder-Workshop mit Vertretern aus Industrie, Forschung und Politik, um gemeinsam Lösungen für nachhaltiges Plastik in der Medizintechnik zu entwickeln und neue Geschäftsmodelle zu identifizieren.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Medical Valley EMN e.V. stellt neben dem Clustermanager ein Expertenteam für die Durchführung und Umsetzung des Projekts „Bayerisches Cluster Medizintechnik“ bestehend aus Spezia-listen in den Themen Eventmanagement, Fördermittelberatung und -akquise, Startup- Mentoring und -Coaching und internationaler Marktzugang Medizintechnik zur Verfügung. Der Haupt-sitz des Teams des „Bayerischen Cluster Medizintechnik“ ist Erlangen.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**

☐ *ja, negativ**

☒ *nein*

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€ 40.000	bei Sachkonto: 531801, Vorabdotierung: 20.575A
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☐ werden nicht benötigt

☒ sind vorhanden auf IvP-Nr.

bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk

☐ sind nicht vorhanden

Der Art. 69 GO wurde geprüft.

Ergebnis/Beschluss:

Die Stadt Erlangen unterstützt den Medical Valley EMN e.V. durch eine projektbezogene Förderung bei der Realisierung des Projektes „Bayerisches Cluster Medizintechnik“ im Jahr 2025 mit einer Gesamtsumme von 40.000 EUR. Damit trägt die Stadt Erlangen dazu bei, die Medical Valley Region und speziell den Medizintechnikstandort Erlangen weiter zu stärken und auszubauen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 17 — 30/110/2025

Neuerlass der Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Erlangen für das Stadtarchiv

Sachbericht:

Die bereits 13 Jahre alte Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Erlangen für das Stadtarchiv vom 25.10.2012 soll neu gefasst werden. Ihre Regelungen sollen im Rahmen des Neuerlasses mit der geänderten Gesetzeslage in Bezug auf die Anfertigung und Weitergabe von Reproduktionen in Übereinstimmung gebracht werden.

Seit Inkrafttreten der alten Gebührensatzung im Jahr 2012 haben sich sowohl auf dem Gebiet des Urheberrechts als auch hinsichtlich der grundlegenden Neuausrichtung auf europäischer Ebene im Hinblick auf Open-Data- und Open-Access-Strategien Änderungen ergeben. Für die Nutzung des Stadtarchivs sind hierbei vor allem die Urheberrechtsnovelle von 2021 sowie das Datennutzungsgesetz (DNG), das im Juli 2021 in Kraft getreten ist, von Bedeutung. Die Urheberrechtsnovelle von 2021 regelt, dass auch ‚Reproduktionen von gemeinfreien Werken gemeinfrei sind. Das DNG sieht im Grundsatz eine gebührenfreie Nutzung von Informationen öffentlicher Stellen vor, worunter im Bereich des Stadtarchivs sämtliche sog. gemeinfreien bzw. nicht urheberrechtlich geschützten Werke fallen.

Diesen neuen gesetzlichen Anforderungen soll in der neuen Gebührensatzung zum einen durch die ersatzlose Streichung der Wiedergabegebühren (§ 5 alte Satzung) und zum anderen durch die Einführung der Gebührenfreiheit für die Nutzung des Archivguts im Lesesaal des Stadtarchivs Rechnung getragen werden.

Zudem wurden sämtliche Gebührentatbestände für die Archivbenutzung entsprechend dem aktuellen Leistungskatalog des Stadtarchivs neu formuliert. Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die mit der Digitalisierung entstandenen neuen Möglichkeiten der digitalen Archivnutzung.

Gleichzeitig wurden eine Vereinfachung und Neukalkulation sämtlicher Gebührensätze vorgenommen. So wird bei der Berechnung der Gebührenhöhe fortan nicht mehr auf die berufliche Qualifikation des jeweils im Einzelfall tätig gewordenen Archivmitarbeitenden abgestellt, sondern ein, aus allen maßgeblichen Faktoren (Personal, Zeit und Sachaufwand) ermittelter Durchschnittswert von 20,00 EUR pro angefangener Viertelstunde für die Inanspruchnahme von Archivpersonal (z.B. für die Erteilung von schriftlichen Auskünften aus Archivgut) zugrunde gelegt.

Die Gebühren für alle anderen Archivleistungen sind moderat und liegen im Durchschnitt vergleichbarer Kommunalarchive.

Es wird davon ausgegangen, dass die Auswirkungen der Neukalkulation der Gebühren für die originäre Archivnutzung auf das Gebührenaufkommen des Stadtarchivs insgesamt eher gering sein werden.

Neben der Benutzung von Archivgut bietet das Stadtarchiv als zusätzliche Serviceleistung für Bürgerinnen und Bürger auch die Bereitstellung von Verwaltungsunterlagen an, die das Stadtarchiv im Rahmen der Auftragsarchivierung für andere städtische Dienststellen aufbewahrt und verwaltet. Hierzu gehören aktuell insbesondere die Akten des Bauaufsichtsamts, die aus Platzgründen im Stadtarchiv verwahrt werden.

Die aktuelle Gebühr für dieses Angebot in Höhe von 15,00 EUR für jede Bereitstellung von Bauakten in den Räumen des Stadtarchivs, unabhängig von Umfang und Verwaltungsaufwand, ist nicht mehr sachgerecht und bei weitem nicht mehr kostendeckend.

Um eine angemessene Kostendeckung zu erreichen, soll die Gebühr für diese Verwaltungsleistung auf 60,00 EUR als Grundgebühr angehoben werden, wobei die Grundgebühr für sämtliche Verwaltungsunterlagen gelten soll, die vom Archivpersonal aus bis zu drei Aktenbänden zusammengestellt werden können. Sollte die Hinzuziehung weiterer Aktenbände für die Bereitstellung erforderlich sein, so erhöht sich die Gebühr um 20,00 EUR für jeden weiteren hinzugezogenen Band.

Diese deutliche Gebührenerhöhung wurde bereits im Rahmen des Haushaltskonsolidierungsplans beschlossen und soll nunmehr in der Gebührensatzung verankert werden.

Hierdurch sollen Mehreinnahmen von rund 30.000,00 EUR pro Kalenderjahr erreicht werden.

Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☒ *nein*

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt

☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.

bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk

☐ sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Die Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Erlangen für das Stadtarchiv (Entwurf vom 12.08.2025, Anlage 1) wird beschlossen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 18 — 30/115/2025

Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Förderung in qualifizierter Kindertagespflege in der Stadt Erlangen

Sachbericht:

1. Erhöhung der Kostenbeiträge zum 01.01.2026

Die Stadt Erlangen macht als Träger der öffentlichen Jugendhilfe von der Möglichkeit nach § 90 Abs. 1 Nr. 3 Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII) Gebrauch, bei Inanspruchnahme von Angeboten der Kindertagespflege, eine Kostenbeteiligung von den Eltern zu erheben.
Die Kostenbeiträge für die Förderung in qualifizierter Kindertagespflege wurden zuletzt zum 01.09.2023 erhöht.

Gemäß Art. 20 Satz 1 Nr. 3 des Bayerischen Kinderbildungs- und -Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) i.V.m. Art. 21 BayKiBiG ist als Fördervoraussetzung festgelegt, dass die Kindertagespflege nur dann staatlich gefördert wird, wenn die Elternbeteiligung (durch Erhebung von Kostenbeiträgen) auf maximal die 1,5-fache Höhe des staatlichen Anteils der kindbezogenen Förderung begrenzt ist.

Unter Zugrundelegung des diesjährigen Basiswertes für Kindertagespflege errechnen sich folgende Höchstbeträge:

Buchungszeit	Basiswert 2025 (BW)	Gewichtungsfaktor (GW)	Buchungszeitfaktor (BF)	mtl. Höchstbetrag (BW * GW * BF * 1,5 / 12 Monate)
bis 2 Stunden	1436,31	1,3	0,5	**116,70 €**
bis 3 Stunden	1436,31	1,3	0,75	**175,05 €**
bis 4 Stunden	1436,31	1,3	1	**233,40 €**
bis 5 Stunden	1436,31	1,3	1,25	**291,75 €**
bis 6 Stunden	1436,31	1,3	1,5	**350,10 €**
bis 7 Stunden	1436,31	1,3	1,75	**408,45 €**
bis 8 Stunden	1436,31	1,3	2	**466,80 €**
bis 9 Stunden	1436,31	1,3	2,25	**525,15 €**
bis 10 Stunden	1436,31	1,3	2,5	**583,50 €**

Die Verwaltung schlägt eine Anpassung der Kostenbeiträge für die Kindertagespflege an die Gebührensätze für den Besuch einer städtischen Kinderkrippe vor.
Die Kindertagespflege erfüllt denselben gesetzlichen Bildungs-, Erziehungs-, und Betreuungsauftrag wie die institutionelle Kinderkrippe. Beide Betreuungsformen bieten frühkindliche Förderung in einer sicheren und entwicklungsfördernden Umgebung. Kindertagespflege und Kinderkrippe sind pädagogisch gleichwertige Angebote, die beide den individuellen Bedürfnissen von Kindern und Familien gerecht werden. Eine einheitliche Elternbeitragserhebung stärkt somit die Wahlfreiheit der Eltern:

Buchungszeit	bisheriger mtl. Kostenbeitrag	max. Obergrenze gem. Art. 20 BayKiBiG	Erhöhungsvorschlag (analog Krippe 01.09.2025)
bis 2 Stunden	85,00 €	116,70 €	**106,00 €**
bis 3 Stunden	128,00 €	175,05 €	**160,00 €**
bis 4 Stunden	171,00 €	233,40 €	**230,00 €**
bis 5 Stunden	215,00 €	291,75 €	**271,00 €**
bis 6 Stunden	257,00 €	350,10 €	**311,00 €**
bis 7 Stunden	300,00 €	408,45 €	**353,00 €**
bis 8 Stunden	343,00 €	466,80 €	**391,00 €**
bis 9 Stunden	386,00 €	525,15 €	**433,00 €**
bis 10 Stunden	430,00 €	583,50 €	**471,00 €**

Da es bei den städtischen Kinderkrippen die Buchungskategorien „bis 2 Stunden“ und „bis 3 Stunden“ nicht gibt, wird in diesen Kategorien eine Erhöhung analog der Gebührenerhöhung für städtische Regeleinrichtungen um 25% vorgenommen.

Anhand des aktuell durchgeführten Vergleichs mit den Städten Nürnberg und Fürth sowie mit den Landkreisen Fürth und Erlangen-Höchstadt wird deutlich, dass die vorgeschlagene Erhöhung nah an den Durchschnittswerten liegt.

Buchungs-kategorie (täglich)	Stadt Nürnberg	Stadt Fürth	Landkreis Fürth	Landkreis ERH	Durchschnitt (Nürnberg, Fürth, ERH)	Stadt Erlangen Erhöhung zum 01.01.2026
bis 2 Stunden	111,80 €	102,00 €	101,00 €	90,00 €	101,20 €	106,00 €
bis 3 Stunden	167,70 €	152,00 €	152,00 €	134,00 €	151,43 €	160,00 €
bis 4 Stunden	223,60 €	203,00 €	203,00 €	179,00 €	202,15 €	230,00 €
bis 5 Stunden	279,50 €	254,00 €	254,00 €	224,00 €	252,88 €	271,00 €
bis 6 Stunden	335,40 €	305,00 €	297,00 €	269,00 €	301,60 €	311,00 €
bis 7 Stunden	391,30 €	356,00 €	322,00 €	314,00 €	345,83 €	353,00 €
bis 8 Stunden	447,20 €	406,00 €	350,00 €	358,00 €	390,30 €	391,00 €
bis 9 Stunden	503,10 €	457,00 €	378,00 €	404,00 €	435,53 €	433,00 €
bis 10 Stunden	559,00 €	508,00 €	406,00 €	449,00 €	480,50 €	471,00 €
gültig seit	01.02.2025	01.09.2024	01.09.2023	01.01.2024		

Durch die Erhöhung der Elternbeiträge ist mit jährlichen Mehreinnahmen in Höhe von 66.000 Euro zu rechnen (basierend auf dem Rechnungsergebnis 2024).

Die Änderung der Kostenbeitragssatzung soll ab dem 01.01.2026 in Kraft treten. Um die reibungslose Umsetzung der Erhöhung zu gewährleisten, ist eine Beschlussfassung im Oktober 2025 notwendig.

Die Gebührensätze für die städtischen Krippen werden zum 01.09.2026 erneut angehoben. Aufgrund des aktuell gültigen Basiswertes 2025 und des damit vorgegebenen Höchstbetrages nach BayKiBiG kann eine weitere Erhöhung der Kostenbeiträge in der Kindertagespflege zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht erfolgen, da diese über dem zulässigen Höchstbetrag liegen würden. Es ist die Bekanntgabe des Basiswertes für das Jahr 2026 vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales abzuwarten.

2. Neuregelungen:

In § 3 Abs. 2 wird die neue Tabelle eingefügt.

b) § 3 Abs. 8 – Kostenbeitrag für Übernachtungen

Bisher wurde von den Eltern kein Kostenbeitrag für die Nachtbetreuung durch die Tagespflegeperson gefordert. Hier besteht eine Regelungslücke. Es erscheint daher aus der Sicht der Verwaltung notwendig, eine Regelung zu treffen.
Für die Übernachtung des Kindes bei der Tagespflegeperson fällt zukünftig ein Kostenbeitrag in Höhe von 35,00 Euro pro Nacht an.
Übernachtet die Tagespflegeperson im Haushalt der Eltern fällt ein Kostenbeitrag in Höhe von 21,00 Euro pro Nacht an.

c) § 4 Abs. 4 – Fälligkeit des Kostenbeitrags für Übernachtungen

Der Kostenbeitrag für Übernachtungen wird halbjährlich im Nachhinein mittels Bescheides festgesetzt und ist ebenfalls auf das im Bescheid genannte Konto der Stadt Erlangen zu zahlen.

In Anlage 2 sind in einer synoptischen Darstellung die bisherige und die neue Fassung der Satzung gegenübergestellt.

Ergebnis/Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Förderung in qualifizierter Kindertagespflege in der Stadt Erlangen (Entwurf vom 04.08.2025, Anlage 1) wird beschlossen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 19

30/116/2025

Neuerlass der Gebührensatzung zur Bestattungs- und Friedhofssatzung der Stadt Erlangen

Sachbericht:

Als gebührenfinanzierte öffentliche Einrichtungen der Stadt sollten sich die insgesamt 10 städtischen Friedhöfe finanziell grundsätzlich selbst tragen, die Gebühren mithin kostendeckend kalkuliert sein. Der Kostendeckungsgrad für die Friedhofsbetriebsabrechnung 2024 lag allerdings nur bei ca. 60%.

Im Rahmen einer überörtlichen Prüfung der Haushaltsjahre 2013 bis 2020 durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) im Jahr 2023 wurde festgestellt, dass die Stadt Erlangen bislang bei der Festlegung von Gebühren in der Friedhofsgebührensatzung keine Gebührenbedarfsberechnung nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) erstellt hatte. Nach Art. 8 Abs. 2 Satz 1 KAG sollen von den Kommunen jedoch kostendeckende Gebühren festgesetzt werden.

Durch den BKPV erfolgte daher die Empfehlung, den Gebührenbedarf nach Maßgabe des KAG zu ermitteln und eine Anpassung der Gebühren vorzunehmen. Insbesondere bei den Bestattungen sollte eine Kostendeckung erreicht werden. Bei der Nutzung von Leichen- und Aussegnungshallen sollte ein angemessener Kostendeckungsgrad angestrebt werden.

Daraufhin wurden durch Amt 34 die Friedhofs- und Bestattungsgebühren für die Jahre 2026 und 2027 auf der Grundlage der Kosten der Jahre 2022 bis 2024 im Voraus kalkuliert und dem BKPV zur Überprüfung vorgelegt. Das Gutachten des BKPV vom 29.07.2025 stellte fest, dass diese Kalkulation sachgerecht, transparent und schlüssig erfolgt war. Diese Kalkulation diente daher auch als Grundlage für die vorgelegten Gebührenänderungen.

Bereits im April 2025 hatte der Erlanger Stadtrat u.a. einen Konsolidierungsbeitrag von Amt 34 beschlossen, der einen Kostendeckungsgrad der Erlanger Friedhöfe von 95% anvisierte. Aufgrund der damalig vorliegenden Unterlagen wurden die Mehreinnahmen, die durch eine 95%ige Kostendeckung zu erzielen wären, auf ca. 650.000,00 EUR pro Kalenderjahr veranschlagt.

Bei der Neukalkulation der Gebühren wurden die Grabnutzungsgebühren für die verschiedenen Grabarten durch die vom Gesetzgeber empfohlene Äquivalenzziffernrechnung ermittelt. Hierbei wurden Faktoren, wie z. B. Anzahl der Grabplätze, zusätzliche Aufwendungen für Herstellung und Pflege von Grabstätten sowie Umlage der allgemeinen Friedhofsunterhaltungskosten berücksichtigt. Die Grabfläche der jeweiligen Gräber spielt (im Gegensatz zu früheren Berechnungen) mittlerweile eine untergeordnete Rolle. Hierbei wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Erdgräber durch ihre Bepflanzung selbst zur Friedhofsgestaltung beitragen.

Die geplante Erhöhung der Jahresgebühren für Erd- und Urnenerdgräber (Grabnutzungsgebühren) ist allerdings in erster Linie auf den Umstand zurückzuführen, dass diese Gebühren seit 1994 nicht mehr erhöht wurden.

Als Beispiel sei an dieser Stelle die Jahresgebühr für eine Familiengrabstätte innerhalb geschlossener Grabgruppen mit zwei Grabplätzen angeführt. Die bisherige Jahresgebühr beläuft sich hier auf 31,00 EUR. Nach der neuen Gebührensatzung wird sich diese ab 01.01.2026 auf 103,00 EUR erhöhen.

Damit liegt Erlangen allerdings noch deutlich unter der Jahresgebühr, die bspw. die Stadt Nürnberg in Höhe von 138,00 EUR für eine solche Grabstätte erhebt.

Andere Gebühren steigen aber auch weniger stark, wie bspw. eine Familiengrabstätte innerhalb geschlossener Grabgruppen mit sechs Grabplätzen. Diese wird sich von bislang 84,00 EUR auf dann 141,00 EUR erhöhen. Im Vergleich hierzu beträgt in Nürnberg hierfür die aktuelle Gebühr 509,00 EUR.

Hinsichtlich der Sondergrabstätten auf dem Friedhof Kriegenbrunn (vormals sog. „Ewigkeitsgräber“) hält die Verwaltung bei der Berechnung der Grabnutzungsgebühren weiterhin am Beschluss des Stadtrats vom 29.03.2012 fest, wonach für die Sondergrabstätten auf dem Friedhof Kriegenbrunn pauschal Jahresgebühren in der Höhe erhoben werden sollten, die für vierstellige Familiengrabstätten Gültigkeit hatten. Gemäß der neuen Kalkulation entspricht dies einer Jahresgebühr von nunmehr 120,00 EUR im Vergleich zu den bislang erhobenen 60,00 EUR.

Nach der bei der Neukalkulation zugrunde gelegten Äquivalenzziffernrechnung müsste sich die Jahresgebühr für eine Sondergrabstätte allerdings auf 166,00 EUR belaufen, was zu einem Defizit von 46,00 EUR je Sondergrab und Jahr führt. Dieses Defizit darf nicht auf andere Gebühren umgelegt werden. Der Differenzbetrag aller Sondergräber von insgesamt ca. 2.645,00 EUR pro Jahr muss aus dem allgemeinen Haushalt der Stadt ausgeglichen werden.

Bei der Neukalkulation der Gebühren für Bestattungsleistungen wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass die Personal- und Unterhaltskosten für Arbeitsgeräte und Räumlichkeiten seit der letzten Gebührenerhöhung im Jahr 2018 ebenfalls erheblich gestiegen sind. Wie bei allen anderen Gesichtspunkten der neuen Kalkulation, soll auch der Mitteleinsatz zukünftig kostendeckend erfolgen.

Als Beispiele für die hier geplanten Erhöhungen seien an dieser Stelle die Gebühren für das Ausheben und Verfüllen eines Grabes bei einer Erdbestattung einfach tief und bei einer Urnenbestattung angeführt.

Bei einer Erdbestattung beträgt die Gebühr für das Ausheben und Verfüllen des Grabes bislang 450,00 EUR. Diese wird ab 01.01.2026 auf 790,00 EUR erhöht. Zum Vergleich: Die aktuelle Gebühr der Stadt Nürnberg für diesen Tatbestand beläuft sich auf 1.390,00 EUR.

Bei einer Urnenbestattung beläuft sich dieselbe Gebühr bislang auf 155,00 EUR. Diese soll auf 163,00 EUR erhöht werden. Zum Vergleich: Die aktuelle Gebühr der Stadt Nürnberg für diesen Tatbestand beläuft sich auf 244,00 EUR.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Erhöhung der Gebühren ab dem 01.01.2026 gelten soll. So gelten auch für alle bis zu diesem Stichtag erworbenen bzw. verlängerten Grabnutzungsrechte die bisherigen Gebührenhöhen bis zum Ablauf der erworbenen Nutzungsdauer unverändert fort.

Der Verwaltung ist bewusst, dass die geplante Gebührenerhöhung ab dem 01.01.2026 in Relation zu den aktuellen Gebühren eine deutliche Steigerung darstellt.

Amt 34 ist jedoch bestrebt, basierend auf der nun durch den BKPV bestätigten Überprüfung der Kalkulation der Friedhofs- und Bestattungsgebühren, Anpassungen in regelmäßigeren Zeitabständen durchzuführen. Anvisiert sind hierbei Überprüfungen im Abstand von drei Jahren, welche die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass Anpassungen in deutlich kleineren Schritten erfolgen können, als es aktuell der Fall ist.

Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☒ *nein*

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

Protokollvermerk:

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde kurzfristig ein Dringlichkeitsantrag Nr. 200/2025 der Freien Wähler gestellt. Dieser liegt den Mitgliedern des HFPA vor.

Frau Stadträtin Wirth-Hücking (Antragstellerin) erläutert den Antrag und bittet darum die vorliegende Gebührensatzung heute erneut nur als Einbringung zu behandeln, da noch Fragen offen sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Janik schlägt vor zunächst die offenen Fragen aus dem Antrag zu beantworten und danach, wenn möglich, ein Gutachten zu fassen.

Die anwesenden Mitarbeiterinnen des Friedhofsamtes, Frau Bozic, Frau Haimann und Frau Wöckel beantworten die offenen Fragen und Punkte des Antrages Nr. 200/2025.

Herr berufsmäßiger Stadtrat Ternes ergänzt und bittet um Begutachtung der Gebührensatzung in der heutigen Sitzung.

Nach ausführlicher Diskussion besteht Einverständnis darüber die Gebührensatzung heute zu begutachten. Die Beschlussfassung erfolgt in der Sitzung des Erlanger Stadtrates am 30.10.2025.

Ergebnis/Beschluss:

Die Gebührensatzung zur Bestattungs- und Friedhofssatzung der Stadt Erlangen (Entwurf vom 14.08.2025, Anlage 1) wird beschlossen.

Abstimmung:

mehrheitlich angenommen

mit 13 gegen 1

TOP 20 — 30/122/2025

Satzung zur Änderung der Gemeindesatzung der Stadt Erlangen

Sachbericht:

1. In § 4 Abs. 2 der Gemeindesatzung der Stadt Erlangen wird die Entschädigung von ehrenamtlichen Beiratsmitgliedern (außer den Mitgliedern des Baukunstbeirats; hier ist die Entschädigung gesondert in der Satzung des Baukunstbeirats geregelt), von Mitgliedern im Jugendparlament sowie von vom Stadtrat berufenen Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses geregelt. Diese Mitglieder erhalten pro Sitzung ein Sitzungsgeld in Höhe von 12,50 Euro. Hinzu kommt ein Pauschalbetrag von 10 Euro monatlich für die Mitgliedschaft. Die Vorsitzenden der jeweiligen Gremien erhalten darüber hinaus eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 500 Euro jährlich. Hiervon ausgenommen sind Mitglieder, die diesem Gremium aufgrund ihres Amtes als Stadtratsmitglieder angehören.

Mehrere Mitglieder aus verschiedenen Beiräten haben immer wieder geäußert, auf ihre Entschädigung verzichten zu wollen. In der Sitzung am 30.04.2025 hat der Stadtrat sodann auf Vorschlag der Verwaltung im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes beschlossen, dass die Entschädigungen der Beiräte nach § 4 Abs. 2 der Gemeindesatzung nurmehr ausschließlich auf Antrag gezahlt werden soll. Die Höhe der Entschädigung bleibt dabei unverändert.

Dementsprechend ist nunmehr die Gemeindesatzung zu ändern. Es werden Einsparungen erwartet, da die Verwaltung davon ausgeht, dass nicht alle Mitglieder die Entschädigung beantragen werden.

Mittlerweile haben sich auch die steuerrechtlichen Vorschriften geändert. Es müssen Daten der Empfänger, wie Name, Vorname, Höhe der Entschädigung, Steueridentifikationsnummer, an das Finanzamt gemeldet werden. Da die Meldung fristgerecht erfolgen muss, wird auch eine Frist für die Stellung des Antrags, nämlich der 15. Januar des Folgejahres, in der Satzung festgelegt. Wenn der Antrag nicht spätestens bis zum 15. Januar des Folgejahres gestellt wird, wird keine Entschädigung ausgezahlt.

Der Antrag kann auch über ein digitales Formularsystem gestellt werden; dies wird in §4 Abs. 2 Satz 6 neu geregelt.

Die Verwaltung informiert derzeit alle Beiratsmitglieder über das neue Abrechnungsverfahren, sowohl mit Mitteilungen zur Kenntnis im HFPA und im Stadtrat wie auch per E-Mail an die Geschäftsstellen oder Protokollführungen der Beiräte. Es ist geplant, dass ein digitaler Antrag Anfang Dezember vom Bürgermeister- und Presseamt an alle Beiratsmitglieder versandt wird. Falls technische Probleme bei der Benutzung des digitalen Antrags auftreten, ist auch eine schriftliche Beantragung des Sitzungsgeldes möglich.

Die Änderungen sollen zum 01.01.2025, also rückwirkend in Kraft treten, um die entsprechende Einsparung zu generieren. Dies ist rechtlich zulässig, da es sich hier um eine sogenannte unechte Rückwirkung handelt, die einen noch nicht abgeschlossenen Sachverhalt betrifft: Bereits bisher wurden die Auszahlungen der Entschädigungen jährlich nachträglich berechnet und überwiesen; daher entstehen bei einer fristgemäßen Beantragung keine Nachteile für die Beiratsmitglieder.

2. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☒ *nein*

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Gemeindesatzung der Stadt Erlangen (Entwurf vom 30.09.2025, Anlage 1) wird beschlossen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 21 — 30/123/2025

Erlass einer Verordnung zur Festsetzung von verkaufsoffenen Nächten an Werktagen

Sachbericht:

Zum 01.08.2025 ist das neue Bayerische Ladenschlussgesetz (BayLadSchlG) in Kraft getreten.

Die Gemeinden können gemäß Art. 7 BayLadSchlG durch Rechtsverordnung jährlich höchstens acht Werktage für die Öffnung von Verkaufsstellen von 20:00 Uhr bis höchstens 24:00 Uhr freigeben. Aschermittwoch, Gründonnerstag, Karsamstag, Buß- und Bettag, Heiligabend und Silvester sowie der jeweilige Tag vor Pfingstsonntag, Allerheiligen, Volkstrauertag und Totensonntag dürfen nicht freigegeben werden. Besondere gesetzliche Voraussetzungen sind, um die Anwendung der Regelung zu vereinfachen, hierfür nicht vorgegeben.

Aus Sicht der Verwaltung eröffnet das BayLadSchlG die Möglichkeit, vor allem den Einzelhandel in der Innenstadt der Stadt Erlangen gezielt zu fördern, ohne die Belange der Beschäftigten aus den Augen zu

verlieren. Mit dem Vorschlag, an drei Werktagen die Verkaufszeiten bis 23:00 Uhr zu erweitern, liegt die Verwaltung deutlich unter dem gesetzlich Möglichen. Die Verordnung wird zunächst im Sinne einer „Pilotphase“ dem Handel den notwendigen Spielraum geben, um die neuen Möglichkeiten ausführlich zu testen. Anfang 2027 werden durch die Verwaltung dann die gewonnenen Erfahrungen des Handels evaluiert werden. Im Ergebnis sollen valide Erkenntnisse über den Bedarf und die Möglichkeiten gewonnen werden, um den Einzelhandel in Erlangen zu stärken.

Der Einzelhandel ist weder verpflichtet, an der Verkaufsnacht teilzunehmen, noch den Stundenrahmen auszuschöpfen. Die Verordnung stellt somit lediglich ein zusätzliches Angebot an den Einzelhandel dar. Der Bedarf an zusätzlichen verkaufsoffenen Nächten an Werktagen wurde im Vorfeld durch den City-Management Erlangen e.V. mit zahlreichen Erlanger Händlerinnen und Händlern abgestimmt.

Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☒ *nein*

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt

Protokollvermerk:

Herr berufsmäßiger Stadtrat Beugel weist darauf hin, dass auch Einzelhändler / Geschäfte außerhalb des Geltungsbereiches der Innenstadt an den verkaufsoffenen Nächten teilnehmen können. Dies muss lediglich bei der Ordnungsbehörde beantragt werden.

Ergebnis/Beschluss:

Die Verordnung der Stadt Erlangen über die Festsetzung von verkaufsoffenen Nächten an Werktagen (Verordnung über verkaufsoffene Nächte) (Entwurf vom 17.10.2025, Anlage 1) einschließlich der Karte über den Geltungsbereich „Innenstadtbereich“ (Anlage 2) wird beschlossen.

Abstimmung:

mehrheitlich angenommen

mit 13 gegen 1

TOP 22 — 510/159/2025

Erhöhung des Baukostenszuschusses für die Generalsanierung der katholischen Kindertageseinrichtung Heilig Kreuz, Fürstenweg 28, 91058 Erlangen

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen
(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Das Platzangebot soll im Ortsteil Erlangen-Bruck sichergestellt werden, um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder im Kindergarten- und Vorschulalter zu gewährleisten.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Baukosten für die Generalsanierung der Kindertageseinrichtung Heilig Kreuz inklusive der Schaffung einer Hortgruppe nach Art. 28 BayKiBiG i. V. m. Art. 10 BayFAG werden durch die Stadt Erlangen bezuschusst. Die Bezuschussung der Ausstattungskosten richtet sich nach dem Grundsatzbeschlusses vom 28.02.2019 (Nr. 512/062/2018).

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Mit Stadtratsbeschluss vom 27.07.2023 (Nr. 510/105/2023) wurde bereits der Bedarf für 50 Kindergartenplätze sowie für 25 Hortplätze im Planungsbezirk Bruck anerkannt sowie ein Baukostenzuschuss in Höhe von 2.384.181 € und ein Ausstattungszuschuss von maximal 93.750 € bewilligt. Der Bedarf besteht fort. Aufgrund der aktuellen Kostenschätzung und der Anhebung des Kostenrichtwertes ergibt sich ein höherer Baukostenzuschuss. Die 14 Krippenplätze bleiben von der Sanierung unberührt, da die Krippe 2011 erst neu errichtet wurde.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt nach den Stadtratsbeschlüssen vom 19.05.2022 (Nr. 510/074/2022) und vom 15.05.2024 (Nr. 510/130/2024). Demnach wird dem Träger ein Baukostenzuschuss durch die Stadt Erlangen in Höhe von 100 % der förderfähigen Kosten in Aussicht gestellt:

Zuschuss zu den Baukosten nach Art. 28 BayKiBiG		
Gesamtkosten der Maßnahme lt. Kostenschätzung vom 03.09.2025		3.516.897 €
Tatsächliche förderfähige Fläche lt. Regierung		433,5 m²
Kostenrichtwert		7161 €/m²
Förderfähige Kosten	433,5 x 7161 €	3.104.293 €

Voraussichtlicher Baukostenzuschuss	100 %	3.104.293 €
Anteil Regierung von Mittelfranken (45 %)		1.396.932 €
Anteil Stadt Erlangen (55%)		1.707.361 €

Beim Ausstattungszuschuss ergeben sich keine Änderungen. Es bleibt bei dem max. Betrag von 93.750 € (75 Plätze x 1.250 €).

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☒ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☐ *nein*

Durch die energieeffiziente Gebäudesanierung sinken die CO2-Emmissionen. Der Energieverbrauch für Heizung, Warmwasseraufbereitung, Belüftung und Licht wird durch die gezielten baulichen Maßnahmen minimiert und schont so die Ressourcen der Umwelt.

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**
☐ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	3.104.293 €	bei IPNr.: 365D.880
	93.750 €	
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	1.396.932 €	bei Sachkonto: 365D.610ES

Haushaltsmittel

☐ werden nicht benötigt

☒ sind vorhanden auf IvP-Nr. 365D.880
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk

☐ sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

1. Die katholische Kirchenstiftung Heilig Kreuz erhält für die Generalsanierung der Kindertageseinrichtung mit 50 Kindergartenplätzen und der Schaffung einer Hortgruppe mit 25 Plätzen einen Baukostenzuschuss gem. Art. 28 BayKiBiG i. V. m. Art 10 BayFAG in Höhe von voraussichtlich 3.104.293 € und einen Ausstattungszuschuss in Höhe von maximal 93.750 €.

2. Sollten sich während der Bauzeit die Berechnungsgrundlagen (z.B. tatsächliche Baukosten, förderfähige Fläche, Kostenrichtwert) ändern, verändert sich der Zuschuss entsprechend.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 23

612/047/2025

Entgeltordnung für Leistungen der Geoinformation, Vermessung, Kartografie und Reproduktion bei der Stadt Erlangen hier: Aktualisierung der Entgelte und Leistungsangebote

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen
(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Aktualisierung der aktuell gültigen Entgeltordnung vom 01.12.2018 ist notwendig, weil eine umfassende Neukalkulation (Personalkosten, Gerätekosten und Materialkosten) der Produkte und Dienstleistungen zu erhöhten Entgelten führt. Zudem wird die Produktpalette (Leistungsangebot) angepasst.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Grundsätzliches:
Der „Open Data“ - Gedanke (EU-INSPIRE-Richtlinie und abgeleitete nationale Geodatenrichtlinien) führt generell dazu, dass Produkte und Dienste der Geoinformation zunehmend häufiger kostenfrei im Netz bereitgestellt werden. Dies geschieht auch im Sinne einer modernen bürgerfreundlichen Kommunalverwaltung. Infolgedessen werden diverse Produkte der Stadt Erlangen bei eigenständigem Download kostenfrei, hingegen bei analoger, aber auch digitaler Übermittlung durch die Dienststellen selbst, entgeltpflichtig angeboten.

Neuerungen:
Neukalkulationen und damit erhöhte Entgelte ergeben sich in den Bereichen:

- Zeitentgelte, die sich nun an den aktuellen Personalvollkostensätzen orientieren.
- Zeitentgelte im vermessungstechnischen Außendienst beinhalten zusätzlich Geräte- und Fahrzeugkosten.
- Druckausgaben (Karten und Pläne) und Montageleistungen durch gestiegene Materialkosten.

Die Preise für die analogen Ausgaben der Amtlichen Stadtkarte und des Fahrradstadtplans werden von 3,- € auf 4,50 € angehoben; entsprechend auch die Preise für Wiederverkäufer.

Neu hinzu kommt die Abgabe maschinenlesbarer Fachdaten der Stadt Erlangen (Abschnitt 5.4), die nicht den kostenfreien OpenData-Regelungen in Bayern unterliegen. Hiermit können z.B. Anfragen von Geodatenbrokern nach digitalen Bodenrichtwertdatensätzen zur kommerziellen Weiternutzung bedient werden.

Insgesamt sind alle Anpassungen der synoptischen Darstellung in der Anlage 2 zu entnehmen.

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Änderungen und Anpassungen in der Entgeltordnung werden zum 01.11.2025 wirksam.

Mit der aktualisierten Entgeltordnung werden für Leistungen der Geoinformation, Vermessung, Kartografie und Reproduktion neu kalkulierte Kosten angesetzt sowie auch Anpassungen an die Preise anderer Städte in der Metropolregion vorgenommen.

Durch die Änderungen und Neukalkulation der Entgelte sind Mehreinnahmen zu erwarten.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☒ *nein*

Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**
☐ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt

☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.

bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk

☐ sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Die Änderungen und Anpassungen in der „Entgeltordnung für Leistungen der Geoinformation, Vermessung, Kartografie und Reprografie bei der Stadt Erlangen“ werden zum 01.11.2025 wirksam.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 24

Anfragen

Anfragen:

1. Herr berufsmäßiger Stadtrat Ternes beantwortet den Antrag Nr. 087/2025 der CSU-Fraktion in Absprache mit dem Antragsteller Herrn Lehrmann als Anfrage wie folgt:
   Das Aufstellen von Pflanzkübeln im öffentlichen Raum durch Privatpersonen soll gefördert werden. Dies ist demnach gebührenfrei, jedoch nicht verfahrensfrei. Daher müssen hier einmalig 15 Euro gezahlt werden. Dafür entfällt dann quasi die Sondernutzung. Für befristete Genehmigungen werden 15 Euro verlangt, für unbefristete Genehmigungen werden 30 Euro verlangt. Dies ist über das Online-Portal der Stadt Erlangen bei „Sondernutzungen“ zu beantragen. Es zieht keine weiteren Kosten nach sich.
   Die CSU-Fraktion ist mit der Beantwortung der Anfrage bzw. des Antrages Nr. 087/2025 einverstanden. Die Anfrage bzw. der Antrag ist damit erledigt.

2. Frau Stadträtin Linhart stellt eine Anfrage bzgl. den Wahlhelfern der Stadt Erlangen. Wahlhelfer, die bei der Stadt Erlangen, beschäftigt sind, bekommen einen Tag frei. Allerdings nur, wenn Sie für die Stadt Erlangen als Wahlhelfer tätig sind. Als Wahlhelfer bei anderen Städten / Kommunen wird dieser Tag Urlaub nicht gewährt.
   Herr Oberbürgermeister Dr. Janik bestätigt dieses Vorgehen. Man hat sich hier bewusst dafür entschieden. Herr berufsmäßiger Stadtrat Ternes ergänzt, dass die Stadt Erlangen dies als Anreiz bietet, damit die eigenen Mitarbeiter als Wahlhelfer bei den Wahlen in Erlangen tätig werden.

3. Frau Stadträtin Linhart stellt eine Anfrage bzgl. der Hausmeisterwohnung oberhalb der Stadtbibliothek. In einer Beschlussvorlage war zu lesen, dass eine Wohnung für den Hausmeister der „Kulturmeile“ angemietet werden soll. Handelt es sich hierbei um die Wohnung oberhalb der Stadtbibliothek?
   Herr Oberbürgermeister Dr. Janik verweist auf ein Gutachten im Bildungsausschuss, die Beschlussfassung im Stadtrat steht noch aus. Der zusätzliche Bedarf der Stadtbibliothek an Räumen wird anerkannt. Die Hausmeisterwohnung wird derzeit genutzt. Bei Umzug / Auszug soll diese Wohnung bzw. die Nutzung der Wohnung verändert werden. Derzeit ist das genaue Verfahren noch offen.
   Perspektivisch gesehen wird die Umnutzung erfolgen.
   Herr Stadtrat Sauerer stellt eine Nachfrage bzgl. der Ausschreibung Stellenbesetzung „Hausmeister Kulturmeile“. Und ob es sich dann hierbei um eine andere Hausmeisterwohnung handeln wird?
   Herr Oberbürgermeister Dr. Janik kann zu der Ausschreibung inhaltlich nichts beitragen. Hier läuft noch eine Rückfrage an das Personalamt.
   Sobald diese Informationen vorliegen wird Herr Dr. Janik wieder informieren.

Sitzungsende

am 22.10.2025, 17:50 Uhr

Der / die Vorsitzende:

……
Oberbürgermeister
Dr. Janik

Der / die Schriftführer/in:

……
Behringer

Kenntnis genommen

Für die CSU-Fraktion:

Für die SPD-Fraktion:

Für die Grüne/Grüne Liste-Fraktion:

Für die ödp-Fraktion:

Für die Ausschussgemeinschaft FDP/FWG:

Für die Ausschussgemeinschaft Klimaliste Erlangen/Erlanger Linke: